

Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit – Unterschiede im Grundwerteverständnis von CDU und SPD

**Entwurf für ein Grundsatzprogramm der CDU und
Orientierungsrahmen '85 der SPD im Vergleich**

Die Diskussion um die Änderungen des Ehe- und Familienrechts, des Abtreibungsstrafrechts sowie der Bildungs- und Schulpolitik haben für viele Menschen die Frage nach den Grundwerten von Staat und Gesellschaft neu aufgeworfen. Ölschock, Wachstumskrise und Umweltproblematik haben die Grenzen materieller Wohlstandshoffnungen offenbart, nach tiefergehenden, umfassenden Sinnorientierungen fragen lassen. Neue Technologien und Bürokratien provozieren die Frage nach der Humanität unserer Lebensverhältnisse.

Die Parteien müssen Antwort geben. Verweise auf vergangene Leistungen reichen nicht aus. Deshalb genügt es nicht, daran zu erinnern, daß die CDU auf dem festen Fundament eines christlich geprägten Bildes vom Menschen und seiner Wertordnung gegründet wurde und handelte. Denn Grundsätze sind kein Bankkonto. Sie werfen nicht automatisch politische Zinsen ab. Sie bleiben nur dann politisch lebendig, wenn sie angesichts neuer Herausforderungen neu erarbeitet werden.

Diesem Ziel dient der Entwurf für ein Grundsatzprogramm. Mit seiner Veröffentlichung hat die CDU in der Grundsatzdiskussion die Initiative ergriffen. Sicher wird

der Entwurf bis zu seiner Verabschiedung auf dem Bundesparteitag 1978 noch verändert werden. Das Grundsatzforum vom 22. bis 24. September 1977 in Berlin soll dazu wichtige Anregungen geben. Die lebhafteste Diskussion aber, die bereits eingesetzt hat, die Ausstrahlung, die sie in Politik und Öffentlichkeit entfaltet, zeigt, daß sich die Partei ihrer Aufgabe und Verantwortung bewußt ist. Öffentlichkeit und Bürger haben erkannt: Die CDU nimmt die Herausforderungen unserer Zeit an, der Entwurf für ein Grundsatzprogramm der CDU beschreibt die freiheitliche Alternative zum Sozialismus.

① Gleiche Werte – ungleiches Verständnis

CDU wie auch SPD nennen in ihren Programmen dieselben politischen Grundwerte: Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit. Denn diese drei Werte sind die gemeinsamen Grundwerte des europäischen politischen Denkens. Sie sind gemeinsames Erbe aller demokratischen Parteien. Mit ihrem Bekenntnis zu diesen Werten im Berliner Programm wie im Grundsatzprogrammentwurf leistet die CDU einen Beitrag zur Bewahrung des geistig-politischen Erbes Europas. Sie fördert dadurch zugleich die notwendige Gemeinsamkeit der demokratischen Parteien.

Aber die Übereinstimmung in der Nennung der Grundwerte signalisiert nur scheinbar eine Übereinstimmung auch in ihrem Verständnis und in den politischen Grundaussagen. Ein Vergleich des Grundsatzprogrammentwurfs der CDU und des Orientierungsrahmens '85 der SPD macht tiefe Gegensätze sichtbar. Er zeigt darüber hinaus, wie dünn die Decke der Grundwertebestimmung durch die SPD ist und wie wenig Substanz hinter ihrem Anspruch einer grundwerteorientierten Politik steckt. Denn die SPD begnügt sich weitgehend mit einem unverbindlich gesinnungshaften Bekenntnis zu den Grundwerten. Das Bekenntnis allein kann jedoch eine Begründung nicht ersetzen. Demgegenüber unternimmt es die CDU mit dem Grundsatzprogrammentwurf zum erstenmal in der deutschen Parteigeschichte, die Grundwerte und ihr Verhältnis zueinander konkret zu beschreiben.

■ Freiheit

Für die SPD ist Freiheit in erster Linie „das Freisein von entwürdigenden Abhängigkeiten“. Richtig ist: Wer in Abhängigkeit gehalten wird, ist nicht frei. Das macht auch der Grundsatzprogrammentwurf der CDU deutlich: „**Es darf keine menschenunwürdigen Abhängigkeiten geben.**“ Aber Befreiung aus Abhängigkeiten ist nur ein Teil der Freiheit. Deshalb sagt der Entwurf: „**Es gibt Abhängigkeiten, die den Menschen erniedrigen. Aber es gibt auch Bindungen, in denen er erst Mensch wird.**“ Das allein von Abhängigkeiten befreiende Emanzipationsideal der

SPD bedeutet eine Selbstüberhöhung des Menschen, bewirkt aber seine Vereinzelung und deshalb gesteigerte Abhängigkeit von der Gesellschaft. „Freiheit als Ergebnis gesellschaftlicher Leistung“ (Brandt) ist der Fixpunkt sozialistischer Politik. Die Verantwortung des einzelnen für die Verwirklichung von Freiheit, seine Leistung, Selbsthilfe und Pflicht im Streben nach Freiheit bleiben ausgeblendet zugunsten von Ansprüchen und Rechten auf öffentliche Leistungen, deren freiheitssteigernde Wirkung von der SPD unbefragt vorausgesetzt wird. Daß dahinter aber der Aufbau einer neuen Fremdbestimmung durch die anonyme Gesellschaft steht, wird verdrängt.

Weil ein bindingsloser Mensch ein in der Masse isolierter, politisch leicht handhabbarer, damit unfreier Mensch wäre, betont der Grundsatzprogrammtextwurf der CDU den untrennbaren Zusammenhang von Freiheit und Verantwortung, hebt hervor, daß Freiheit Rechte und Pflichten umfaßt, Leistung und die Bereitschaft voraussetzt, die Freiheit nach innen und außen zu schützen. **„Nur wer frei ist, kann Verantwortung tragen. Und nur wer Mitverantwortung für die Freiheit des anderen Menschen und des Gemeinwesens übernimmt, kann frei bleiben.“** Erst dieses ausgewogene Freiheitsverständnis, das den Mitmenschen und die Gemeinschaft einbezieht, eröffnet Freiheit, ist geeignet, Freiheit jenseits von schrankenlosem Individualismus und anonymem Kollektivismus zu verwirklichen.

■ Solidarität

Solidarität ist im Verständnis der SPD vorwiegend eine „Waffe im sozialen Kampf“ all derer, die „gemeinsam gegen Abhängigkeiten und Benachteiligungen zu kämpfen haben“. Der Solidaritätsbegriff — inhaltlich „aus der Geschichte der Arbeiterbewegung und des demokratischen Sozialismus“ abgeleitet — meint zunächst und in erster Linie eine „Klassensolidarität der Arbeitnehmer“ (von Oertzen). Der Orientierungsrahmen verneint, daß es „zwischen Reichen und Armen, Mächtigen und Machtlosen, Wissenden und Unmündigen wirkliche Solidarität geben“ kann. Das zu glauben, wird als „der Irrtum des Konservativismus“ bezeichnet. So verstanden ist Solidarität eine Solidarität der Fronten im gesellschaftlichen Grabenkampf. Wer auf welche Seite gehört, entscheidet das jeweils vertretene Interesse und dessen ideologisch bestimmte Einordnung durch die SPD.

Der Grundsatzprogrammtextwurf umreißt klar die Alternative: **„Das Gebot der Solidarität wird erst dann erfüllt, wenn es auch zwischen Machtungleichen und Interessengegnern gilt.“** Selbstverständlich ist, daß es eine Solidarität in und von Gruppen geben muß. Wer Mitglied einer Partei ist, weiß dies. Aber das allein genügt nicht. Für die CDU bedeutet Solidarität mehr „als die Kampfgemeinschaft

der eigenen Gruppe zu stärken“. Die zwischenmenschliche Bedeutung der Solidarität geht über Interessengegensätze und Gruppen hinaus. Auch da, wo Interessen und Ziele einander widersprechen, ist Solidarität als Grundlage menschenwürdigen freien Zusammenlebens unverzichtbar. Denn: **„Solidarität verbindet die Menschen untereinander und ist Grundlage jeder Gemeinschaft. Sie ist Ausdruck der sozialen Natur des Menschen.“** Für die CDU ist das Wesen von Politik demnach maßgeblich von dem Streben bestimmt, Solidarität zwischen Ungleichen, zwischen Mehrheiten und Minderheiten, Kranken und Gesunden, Jungen und Alten, Reichen und Armen, Organisierten und Nichtorganisierten, Habenden und Bedürftigen zu fordern und zu ermöglichen. Partnerschaft auf der Grundlage unterschiedlicher individueller und gesellschaftlicher Voraussetzungen — das ist die Leitidee, mit der sich die CDU inhaltlich scharf vom Solidaritätsverständnis der SPD unterscheidet.

■ Gerechtigkeit

Die Gerechtigkeit soll aus der Sicht der **SPD** die Freiheit durch gleiche Rechte und gleichwertige Lebenschancen in der Gesellschaft verwirklichen. Ergänzende Deutungen dieser Aussagen durch führende Vertreter der Partei lassen unschwer erkennen, daß die **SPD** ihr Verständnis von Gerechtigkeit weitgehend auf das Ideal gesellschaftlicher Gleichheit ausrichtet: In einer Veröffentlichung von Mitarbeitern der Kommission Orientierungsrahmen wird festgestellt: „De facto wurde der Gerechtigkeitsbegriff weitgehend im Sinne einer Forderung nach Gleichheit uminterpretiert“; für den Parteivorsitzenden Brandt unterscheidet sich die Gleichheitsidee der **SPD** von der aller anderen Parteien „durch die Forderung nach Gleichheit der **Lebenschancen**“; der Vorsitzende der Kommission Orientierungsrahmen, von Oertzen, ergänzt diese Feststellung mit der Aussage, daß es der **SPD** nicht nur um „formale Rechtsgleichheit oder Gleichheit der Startchancen für jeden Menschen“ gehe, sondern um „die wirkliche gesellschaftliche Gleichheit der Lebenschancen“.

Die Gleichheit der Menschen in ihrer Würde und vor dem Recht ist auch für die **CDU** ein Kernpunkt von Gerechtigkeit. Ebenso die Gewährleistung von **Chancengleichheit**, die das Recht eines jeden bedeutet, „sich in gleicher Freiheit so unterschiedlich zu entfalten, wie es der Eigenart des Menschen entspricht“. Weil aber die Menschen verschieden sind, führt auch Chancengleichheit notwendig zu ungleichen Ergebnissen. Chancengleichheit ist nur dann ein erfüllbares und humanes Versprechen, wenn die Bereitschaft vorhanden ist, diese Unterschiedlichkeit der Ergebnisse zu ertragen: **„Wer Gleichheit der Ergebnisse und der menschlichen Existenzen anstrebt, verhindert Chancengleichheit“** — denn er ebnet ein, was sich überhaupt erst entfalten soll. Gerechtigkeit verlangt vielmehr, **„Gleiches gleich und Ungleiches ungleich zu behandeln“**.

■ Verhältnis der Grundwerte zueinander

CDU wie SPD gehen davon aus, daß die Grundwerte einander bedingen, sich gegenseitig erfordern und begrenzen (CDU) bzw., daß ein notwendiger Zusammenhang der drei Grundwerte besteht (SPD). Während aber die SPD von einer generellen Gleichrangigkeit dieser Werte ausgeht, erfolgt die Zuordnung des Verhältnisses der Grundwerte zueinander bei der CDU ausgewogener und weniger starr: „**Zeiten der Krise erfordern ein anderes Gleichgewicht von Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit als Zeiten ungestörter Entwicklung.**“ Ohne die prinzipielle Bedeutung jedes einzelnen Grundwertes aus den Augen zu verlieren, sichert sich die CDU damit die im Interesse der Gemeinschaft notwendige Beweglichkeit, auf die immer neuen Herausforderungen der Zeit angemessene Antworten zu geben. Die Aussage: „**Freiheit statt Sozialismus**“ ist dafür ein Beispiel. Sie veranschaulicht die Gefahren, die der Freiheit durch eine sozialistische Politik drohen und unterstreicht die Bedeutung, welche die Union gerade unter diesen Bedingungen dem Grundwert Freiheit beimißt. Das zeigt zugleich: Nicht das Bekenntnis zu den Grundwerten, vielmehr die richtige Gestaltung ihres Verhältnisses zueinander „ist Kern der politischen Auseinandersetzung“.

② Verständnis vom Menschen

Wie ist zu erklären, daß CDU und SPD unter Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit so Unterschiedliches, ja oft Gegensätzliches verstehen? Die Wurzeln dieser Differenzen liegen in dem unterschiedlichen Verständnis vom Menschen und seinem Verhältnis zur Gesellschaft.

Politisches Endziel der SPD ist die sozialistische, aus ihrer Sicht „neue und bessere Ordnung der Gesellschaft“, in der „die Widersprüche in den gesellschaftlichen Lebensverhältnissen“, damit die „Vorrechte der herrschenden Klassen“ aufgehoben sind. Die bestehende Ordnung ist für die SPD „durch den Widerspruch gekennzeichnet zwischen dem, was den Menschen wirtschaftlich, sozial, politisch und geistig möglich wäre und dem, was sie aus diesen Möglichkeiten machen“. Die Ursachen dieses Widerspruchs liegen in den gegebenen „gesellschaftlichen Lebensverhältnissen“, die — so die SPD — „sich gegenüber den Menschen verselbständigt haben“. Diese „Fremdbestimmung“ und mit ihr das bestehende „System“ zu überwinden — darin sieht sie die Erfüllung ihrer „geschichtlichen Aufgabe“.

Dieser Ansatz von Politik ist weder neu noch originell; er ist deckungsgleich mit der Gesellschaftsanalyse im Kommunistischen Manifest von Marx und Engels. Auf dieser marxistischen These ist der gesamte Orientierungsrahmen aufgebaut, sie ist

seine „zentrale Aussage“ und für die SPD die „Idee des Sozialismus“ schlechthin. In ihrer Folge wird Freiheit zur Befreiung, Solidarität zur Klassensolidarität, Gerechtigkeit zur Gleichheit. Die SPD macht damit die Verwirklichung der Grundwerte von der sozialistischen Umwälzung unserer Gesellschaft abhängig. Auch das demonstriert die herrschende Bedeutung des marxistischen Denkansatzes in der SPD und widerlegt zugleich ihre Behauptung, daß eine Entscheidung für den Sozialismus aus verschiedenen Denk- und Glaubensrichtungen begründet werden kann.

Wurzel und ethisch-geistiger Hintergrund der Grundwertebeschreibung durch die CDU ist ein christlich geprägtes, personales Verständnis vom Menschen. Aus ihm folgen zwei, die CDU grundsätzlich vom ideologischen Anspruch der SPD abgrenzende Erkenntnisse: Zum einen, daß die Vollendung des Menschen sowie die Erfüllung einer innerweltlichen Heilserwartung durch Geschichte und Gesellschaft nicht möglich sind: **„Aus eigener Kraft können wir das Paradies auf Erden nicht schaffen.“** Deshalb unterliegen wir nicht dem Zwang, Mensch und Gesellschaft einen letzten Sinn zu geben, ihnen durch das Verkünden einer herrschafts- und widerspruchsfreien Gesellschaft ein diesseitiges Heil zu versprechen. Zum anderen, daß nie die anonyme Gesellschaft bzw. sogenannte „gesellschaftliche Lebensverhältnisse“ für Leistungen und Fehlleistungen verantwortlich sind, sondern die Menschen, die in dieser Gesellschaft leben, die für sich und die Mitmenschen eine konkrete, zurechenbare Verantwortung tragen. **Freiheit und Verantwortung gehören daher für die CDU zusammen.**

Die Möglichkeit zur Freiheit hat der Mensch nicht von sich aus. Sie ist ihm als Gabe und Aufgabe gegeben. **Politik hat die Aufgabe, diese Freiheit zu schützen, die äußeren Bedingungen zu schaffen, damit sich der Mensch, so wie er ist, frei und in Solidarität zu seinen Mitmenschen entfalten kann.** Politik hat also kein Recht, einen neuen Menschen zu schaffen, die Menschen einer Ideologie anzupassen, um so sicherzustellen, daß sie im Sinne etwa eines sozialistischen Gesellschaftsmodells funktionieren. Das zwingt dazu, Grenzen der Politik anzuerkennen. Die CDU sieht darin eine wesentliche Voraussetzung personaler Freiheit, zwischenmenschlicher Solidarität und Entfaltung ermöglichender Gerechtigkeit.

③ Unterschiede in den politischen Leitlinien

Die Differenzen in den Grundsätzen zwischen CDU und SPD führen zwangsläufig auch zu verschiedenen Antworten auf die politischen Grundfragen. Das veranschaulichen die Leitgedanken beider Parteien in den zentralen Bereichen der Politik.

■ Entfaltung der Person

FAMILIENPOLITIK

Bezeichnend ist, daß die Familienpolitik bei der **SPD** am Ende ihres Orientierungsrahmens steht, das Grundsatzprogramm sich dagegen unmittelbar nach der Darstellung des Grundwerteverständnisses mit diesem zentralen Bereich der Entfaltung des Menschen befaßt. Die dürftigen Ausführungen der SPD zum Thema Familie unterstreichen zusätzlich die untergeordnete Bedeutung der Familienpolitik für die SPD. Vorrang hat die Gesellschaft und die Frage, wie die Familie von Aufgaben „entlastet“ werden kann, „die kooperativ oder öffentlich besser erfüllt werden können“. Deshalb wird die Verwirklichung von Freiheit und Emanzipation der Frau hauptsächlich in ihrer Berufstätigkeit gesehen. Das zeigt erneut, wie unmittelbar die SPD ihr Menschenbild auf die Arbeitnehmerrolle zurückführt. Für die SPD ist der Mensch durch seinen Arbeitsvertrag definiert.

Für die **CDU** gibt es zur Ehe und Familie keine Alternative. **„Weder der Staat noch andere gesellschaftliche Lebensformen können die Familie ersetzen.“** Deshalb will die CDU die Familie fördern und stärken, sie vor unbegründeten Eingriffen von Staat und Gesellschaft schützen und ihr helfen, ihr Zusammenleben in eigener Verantwortung und in Freiheit zu gestalten. Leitbild der Familienpolitik der CDU ist die Partnerschaft in der Familie. Partnerschaft bedeutet vor allem auch die gemeinsame Verantwortung der Eltern für das Wohl des Kindes. Dem Leitbild der Partnerschaft würde es widersprechen, „Mann und Frau in festgelegte Rollen zu drängen“. Vielmehr muß sich insbesondere die Frau „zwischen der vollen Zuwendung zur Familie und einer Verbindung von Beruf und Familie“ entscheiden können, ohne daß ihr aus dieser Entscheidung Nachteile in Form gesellschaftlicher, rechtlicher und sozialer Diskriminierung erwachsen.

BILDUNGSPOLITIK

Die **SPD** will Bildungsziele und Bildungssystem durchgängig ihren gesellschaftsverändernden Ansichten anpassen. Hier offenbart sich ihr einseitiges Grundwerteverständnis am deutlichsten. Für die SPD geht es in erster Linie darum, „gesellschaftliches Bewußtsein“ zu schärfen, die „Notwendigkeit und Möglichkeit der Veränderung unserer Gesellschaft einsichtig“ zu machen. Dem dient eine „bewußte soziale Erziehung“, die allein „solidarisches Verhalten und nicht auf Zwang beruhende Autorität neu entstehen“ lassen kann. Diese Ziele erklären das Eintreten der SPD für die Verstaatlichung des beruflichen Bildungswesens und die Schaffung eines integrierten Gesamtschulsystems. Beides soll dazu beitragen, dem erstrebten Gleichheitsideal auf dem Schleichweg über die Organisation des Bildungswesens näher zu kommen.

Dem setzt der Grundsatzprogrammentwurf eine dem Grundwerteverständnis der CDU entsprechende, klare und ausgewogene Alternative entgegen. Bildung darf nicht durch einseitige Erziehung zu „kritischem Bewußtsein“ zum Instrument sozialistischer Gleichheitspolitik werden. Sie soll vielmehr dem Menschen helfen, sein Leben und seine Umwelt selbst und verantwortlich zu gestalten, ihn in die Lage versetzen, der Vereinzelung und der Kollektivierung zu entgehen. **Chancengleichheit in der Bildungspolitik bedeutet für die CDU daher, „nicht jedem den gleichen, sondern jedem seinen Weg zu ermöglichen“.** Das setzt u. a. die Gleichrangigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung sowie ein ausreichendes Angebot an Ausbildungs- und Arbeitsplätzen voraus, damit der Jugendliche sich und seine Fähigkeiten entfalten kann. Erziehung muß aber darüber hinaus den jungen Menschen befähigen, „zu unterscheiden und zu beurteilen“, Toleranz zu üben und den **„demokratischen und sozialen Rechtsstaat in seinem Wert zu begreifen und zu bejahen“.**

NEUE SOZIALE FRAGE

Diese wichtigste Herausforderung der Gesellschaftspolitik wird von der SPD weder angesprochen noch in ihrer gesellschaftlichen und sozialen Bedeutung erkannt. Die SPD bleibt ideologisch allein den Interessengegensätzen von „Kapital“ und „Arbeit“ verhaftet. Ihr Solidaritätsverständnis im Sinne einer Klassensolidarität läßt keinen Raum für Gruppen, die aus dem Rahmen des Konfliktschemas von Arbeit und Kapital fallen. Es übersieht die Ohnmacht jener nicht oder nur schwer organisierbaren Belange, die im Gegeneinander und Miteinander der mächtigen Interessengruppen ins politische und gesellschaftliche Abseits gedrängt werden.

■ Soziale Wirtschaftsordnung

Die marktwirtschaftliche Ordnung ist für die SPD ein Hauptansatz zur Verwirklichung ihrer sozialistischen Ziele. Die SPD widmet deshalb einen Großteil ihres Orientierungsrahmens dem Versuch, die marktwirtschaftliche Ordnung für die wirtschaftlichen und sozialen Probleme von Gegenwart und Zukunft haftbar zu machen. Ziel ist es, dadurch ein Mehr an staatlicher Lenkung von Wirtschaft und Gesellschaft zu rechtfertigen. Ausgehend von der Behauptung, daß dem Markt eine lediglich instrumentelle Bedeutung zukomme, er damit im Falle eines Versagens durch angeblich effektivere und demokratischere „Instrumente“ ersetzt werden könne, fordert die SPD einen Ausbau öffentlicher Wirtschaftsplanung und -lenkung.

Mit der Einrichtung öffentlicher Investitionsmeldestellen und mit Hilfe einer „Zielorientierten Wirtschaftspolitik“ soll in einer ersten Stufe der Versuch unter-

nommen werden, die „privaten Investitionen in die gesamtwirtschaftlich erwünschte Richtung“ zu steuern. Bringt das nicht den gewünschten, systemüberwindenden Erfolg, „ist der Einsatz weiterer Instrumente zu erproben“. Diese zielen in ihrer Gesamtheit auf eine Zusammenballung wirtschaftlicher Macht in den Händen des Staates, auf die Aushöhlung einzelwirtschaftlicher Entscheidungen und damit auf die Aushöhlung der Freiheitsrechte von Arbeitnehmern, Unternehmern und Verbrauchern.

Der Grundsatzprogrammentwurf der **CDU** lehnt staatliche Wirtschaftsplanung und -lenkung entschieden ab; denn: **„staatliche Investitionslenkung zentralisiert und maximiert Fehlprognosen und Fehlentscheidungen.“** Sie gefährdet deshalb Wohlstand und Beschäftigung. Sie ist freiheitsfeindlich, weil sie „die freie Abstimmung der Verbraucher über den Markt durch bürokratische Bevormundung“ ersetzt, zur undemokratischen Konsumlenkung und zur autoritären Gängelung der Arbeitnehmer führt, die Tarifautonomie beseitigt und schließlich die Verplanung von Bürger und Gesellschaft nach sich zieht. Das zeigt: **„Wer Demokratie in der Wirtschaft will, kann nicht für Investitionslenkung eintreten.“**

Investitionslenkung mit einem Versagen der marktwirtschaftlichen Ordnung zu begründen, stellt die Wirklichkeit auf den Kopf. Nicht die marktwirtschaftliche Ordnung hat in den vergangenen Jahren versagt, sondern die Politik. Sie hat versucht, sich über die marktwirtschaftlichen Regeln und Prinzipien hinwegzusetzen. Keine Ordnung kann Sicherheit und Fortschritt verbürgen, wenn fortlaufend gegen ihre Prinzipien verstoßen wird. **Die Soziale Marktwirtschaft hat sich unter schwierigeren Bedingungen als gegenwärtig bewährt: Wiederaufbau, Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und ein hohes Maß an sozialer Sicherheit wurden auf ihrer Grundlage gleichzeitig verwirklicht.** Auch die Soziale Marktwirtschaft kann verbessert werden. Wer sie aber beseitigt, beseitigt mit ihr Freiheit und soziale Gerechtigkeit.

■ Deutschland in der Welt

Oft redet Schweigen Bände. Der Orientierungsrahmen der **SPD** übergeht die Deutschlandpolitik. Die deutsche Frage wird nur in einem Satz, die Probleme des Status und der Lebensfähigkeit Berlins überhaupt nicht erwähnt. Die europapolitischen Überlegungen beschränken sich auf die Forderung nach einem sozialistischen Europa. Die Außenpolitik hat für die **SPD** augenscheinlich eine nur außenwirtschaftliche Bedeutung. Aussagen und ein Bekenntnis zur Atlantischen Allianz sind ebenso wenig auffindbar wie programmatische Gedanken zur Sicherheitspolitik. Der Orientierungsrahmen begnügt sich damit, ein allgemeines und unbestreitbares Bekenntnis zu einem dauerhaften und gesicherten Frieden und zu einem „System internationaler Sicherheit und Zusammenarbeit“ abzulegen. Die fortdauernde ideo-

logische Auseinandersetzung zwischen Ost und West, ihre Auswirkungen auf unser Land und das geteilte Europa sind für den Orientierungsrahmen nicht existent.

Statt dessen wird das verschwenderische Wettrüsten beklagt, ohne dabei auf die treibende Rolle der kommunistischen Staaten und den dadurch für die freie Welt verursachten Zwang zur Stärkung ihrer Verteidigungskraft hinzuweisen. Im Abwägen ordnungspolitischer Alternativen stellt die SPD die totalitären kommunistischen Systeme auf eine Stufe mit den freiheitlichen Ordnungen. Sie entzieht sich so einem Bekenntnis zur Gemeinschaft des freien Westens, unterstellt, daß kommunistische Systeme und der angebliche Kapitalismus von gleicher, ablehnenswerter Qualität seien.

Dagegen legt der Grundsatzprogrammentwurf der CDU ein klares Bekenntnis zur Partnerschaft der freien Völker und zu den gemeinsamen Werten und Zielen ab, auf denen diese Partnerschaft beruht. Er nimmt ausführlich zu den Grundfragen der Außenpolitik Stellung, gibt konkrete Antworten zur Politik der CDU in den Bereichen Weltpolitik, Europapolitik, Deutschlandpolitik, Ostpolitik und Sicherheitspolitik.

Frieden ist Bedingung für das Überleben und die freie Entfaltung von Menschen und Nationen. Deshalb ist für die CDU der Wille zum Frieden „Grundlage deutscher Außenpolitik“. Der Frieden hängt zunehmend auch davon ab, ob es gelingt, Not und Gefahren im weltweiten Maßstab zu bannen. Das verpflichtet die Bundesrepublik zur internationalen Mitverantwortung gleichermaßen auf der Grundlage unserer Interessen wie unserer ethischen Prinzipien. Europa ist für die CDU kein Unterfall der Entspannungspolitik, wie dies für die SPD der Fall ist. Vielmehr **„steht Europa für eine humane, freiheitliche Lebensform“**. Die Einigung Europas auf der Grundlage der „freiheitlichen Form der demokratischen Ordnung“ hat für die CDU Vorrang.

In der Deutschlandpolitik hält die CDU am Ziel der Freiheit und freien Selbstbestimmung für das deutsche Volk fest: **„In Frieden wollen wir die Spaltung Europas und mit ihr die Teilung unseres Vaterlandes überwinden.“** Zur Ost- und Sicherheitspolitik stellt der Grundsatzprogrammentwurf fest, daß dem Frieden nicht durch die Verschleierung ideologischer und politischer Gegensätze oder die Aufgabe des Gleichgewichts der Kräfte gedient werden kann. Und er stellt mit aktueller Bedeutung fest: **„Die Verteidigung unseres Staates ist Sache des ganzen Volkes.“**

Der Staat

Im Verständnis der **SPD** ist der Staat eine interessenabhängige Instanz, ein Interessenstaat, der weitgehend als Beute der ökonomisch und gesellschaftlich

Mächtigen aufgefaßt wird. Aus dieser Behauptung leitet die SPD für sich das Recht ab, Staat und staatliche Mittel ebenso für die eigenen parteilichen Ziele einzusetzen, wie sie das anderen unterstellt. Diese staatsbeherrschend Mächtigen sind im Orientierungsrahmen deutlich erkennbar gemacht: es ist die „privatwirtschaftliche Macht“, es sind „finanzkräftige konservative Interessengruppen“, „die führenden Männer der Großwirtschaft“, kurz: „konservative und reaktionäre Kräfte“.

Die SPD will deshalb „die Unabhängigkeit des Staates“ von diesen Interessengruppen bestreiten, die „Gegenmacht der Gewerkschaften gegenüber der Kapitaleseite sichern und den Handlungsspielraum des Staates gegenüber der privaten Wirtschaftsmacht erweitern“. Investitionslenkung und staatliche Wirtschaftsplanung sind dazu die Mittel. Zusätzlich will die SPD zu einer „neuen kooperativen Aufgabenverteilung“ zwischen Staat und gesellschaftlichen Gruppen gelangen. Sie leistet damit der Aushöhlung staatlicher, d. h. allgemein demokratisch begründeter Machtausübung Vorschub, öffnet die Schleusen für die Vergesellschaftung des Staates und der privaten Lebenssachverhalte und läßt so den Staat tatsächlich und endgültig zur Beute von Interessengruppen werden.

Der Grundsatzprogrammentwurf der CDU beschreibt Rechtsstaat, Demokratie und Sozialstaat als die Ordnungen, in denen der Staat Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sichert und verwirklichen hilft. Im Gegensatz zur SPD ist der Staat für die CDU kein Instrument zur Durchsetzung gruppenegoistischer oder parteiischer Ziele. Er ist vielmehr „**die Einrichtung frei verantwortlicher Bürger füreinander**“. Seine Aufgabe ist es, „das allgemeine Wohl zu fördern, Frieden im Inneren und nach außen zu schaffen und zu erhalten“. Ein sozialistisch demokratisierter, vergesellschafteter Staat wäre dazu nicht fähig. Er wäre einer unkontrollierbaren und letztlich unverantwortlichen Minderheit derer ausgeliefert, die politisch und gesellschaftlich das Sagen haben. **Nur ein Rechtsstaat, der die „Macht des Staates und das Zusammenleben der Bürger unter feste, vom Streben nach Gerechtigkeit getragene Rechtsnormen stellt“, kann die Freiheit der Bürger gewährleisten, sie vor der Allmacht des Staates wie vor gesellschaftlicher und politischer Willkür schützen.** Und nur der Sozialstaat, der dem einzelnen Bürger die Verantwortung für sein Leben nicht abnimmt, kann aus der Sicht der CDU dem Menschen helfen, „von seinem Freiheitsraum und seinen Rechten“ tatsächlich „Gebrauch zu machen“.

④ CDU in der geistigen Führung

Die führenden Vertreter der SPD haben längst erkannt: Ihre sozialistischen Programme gehen am Willen und an den Wünschen der Bürger vorbei. Deshalb propagiert die SPD in ihrem Programm zwar den Sozialismus, in den Wahlen

jedoch das Modell Deutschland. Selbst Erhard Eppler räumt ein: „Was den Bürger sorgt, darüber steht im Orientierungsrahmen nichts drin.“

Diskussion und Verabschiedung des Grundsatzprogramms der CDU werden die SPD zwingen, zu den Grundsätzen der Programmklarheit und Programmwahrheit zurückzukehren, sich erneut der prinzipiellen Debatte zu stellen. Der Ausgang dieser Debatte wird maßgeblich über den Weg mitentscheiden, den unser Staat und unsere Gesellschaft in Zukunft gehen werden: den Weg eines sozialistischen „Modell Deutschland“ oder den Weg eines freien, gerechten und solidarischen Gemeinwesens, geprägt durch die Entfaltung und Mitverantwortung eines jeden Bürgers.